

Die AfD setzt in ihrem Wahlprogramm 2025 folgende Schwerpunkte in der Familienpolitik

Die AfD setzt in ihrer Familienpolitik stark auf traditionelle Werte, will Anreize für mehr Geburten schaffen und kritisiert staatliche Eingriffe in Erziehungsfragen. Sie fordert finanzielle Entlastungen für Familien und lehnt liberale Abtreibungsgesetze sowie Gender-Mainstreaming entschieden ab.

1. Stärkung der Familie

- Die AfD betrachtet die Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ und fordert, dass Eltern insbesondere in der Kleinkindphase finanziell unterstützt werden, um ihnen eine Wahlfreiheit zwischen Selbst- und Fremdbetreuung zu ermöglichen.
- Sie sieht den zunehmenden Einfluss von Gender-Theorien und einer „Frühsexualisierung“ als Gefahr für den familiären Zusammenhalt.
- Die Partei fordert, dass Kinder in der Schule zu Ehe, Partnerschaft und Familienzusammenhalt unterrichtet werden.

2. Förderung der Geburtenrate

- Die AfD sieht die niedrige Geburtenrate als ein zentrales Problem für die deutsche Gesellschaft und will Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenzahlen einführen.
- Dazu gehört eine Einmalzahlung von 20.000 € an Rentenbeiträgen pro geborenem Kind oder eine Freistellung von künftigen Rentenzahlungen.
- Die Partei fordert ein steuerliches Familiensplitting sowie eine Erhöhung des Kinderfreibetrags.
- Junge Paare sollen für Erstanschaffungen bei der Familiengründung einen „Ehe-Start-Kredit“ erhalten, der mit jedem Kind teilweise erlassen wird.

3. Kinderbetreuung und Bildung

- Die AfD fordert, dass Eltern ein „Betreuungsgehalt“ erhalten, wenn sie ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr selbst betreuen.
- Die Partei setzt sich für eine stärkere Förderung von Betriebskindergärten und familienfreundlichen Arbeitsmodellen ein.
- Sie will sicherstellen, dass in Kitas und Schulen keine „Indoktrination“ durch Gender-Mainstreaming und „Frühsexualisierung“ stattfindet.

4. Haltung zur Abtreibung

- Die AfD lehnt eine Liberalisierung der Abtreibungsgesetze ab und fordert eine konsequente Umsetzung der bestehenden Regelungen nach §218 StGB.
- Sie spricht sich gegen jede staatliche Förderung von Organisationen aus, die Abtreibungen unterstützen.
- Die Partei fordert, dass Schwangeren während der Beratung Ultraschallbilder gezeigt werden.

5. Reform des Sorge- und Unterhaltsrechts

- Die AfD fordert das Wechselmodell als Standardlösung nach Trennungen.
- Unterhaltspflichten sollen stärker an die tatsächliche Betreuungszeit angepasst werden.
- Sie möchte Mechanismen gegen eine „einseitige Manipulationsmacht“ im Sorgerecht einführen.

6. Maßnahmen gegen staatliche Eingriffe in Familien

- Die AfD sieht eine steigende Zahl von Inobhutnahmen durch Jugendämter kritisch und fordert bundesweit einheitliche Kriterien.
- Familienmitglieder, insbesondere Großeltern, sollen bei der Unterbringung vorrangig berücksichtigt werden.